

Online-Version: <http://www.badische-zeitung.de/freiburg/freiburg-nach-der-abstimmung-was-bedeutet-der-dietenbach-entscheid--167107190.html>

Von Joachim Röderer , Di, 26. Februar 2019 um 12:48 Uhr

## „Das ist der Preis in einer Demokratie“

BZ-Interview mit dem Politologen Michael Wehner über das Dietenbach-Ergebnis und den Wahlkampf mit Emotionen und Fake News

**Freiburg hat abgestimmt – der Stadtteil Dietenbach kann gebaut werden. Wie ist das Ergebnis zu bewerten? War der Bürgerentscheid ein Gewinn für die Demokratie? Was bedeutet der Erfolg für die Ratsmehrheit und für die unterlegene Fraktion? Über diese und andere Fragen hat sich Joachim Röderer mit dem Freiburger Politologen Michael Wehner unterhalten.**

**BZ:** Herr Wehner, das Ergebnis beim Bürgerentscheid ist überraschend deutlich ausgefallen – aber trotzdem weniger deutlich als bei der Abstimmung im Gemeinderat. Dort lag das Ergebnis in etwa bei 90 zu 10 Prozent. Gibt es nicht doch eine Diskrepanz zwischen der Stadtverwaltung samt Ratsmehrheit zu einem Teil der Bevölkerung, wie die Gruppierung "Freiburg lebenswert" nun behauptet?

**Wehner:** Diese Vorwürfe kann man entkräften. Denn der Bürgerentscheid wäre ja genau die Möglichkeit gewesen, die angeblich nicht vorhandene Repräsentativität des Gemeinderats durch die Abstimmung der Bürger zu verändern. Genau dafür ist ja das Instrumentarium Bürgerentscheid da, dass man Entscheidungen des Gemeinderats kippen kann. Aber das hat nicht stattgefunden. Am 26. Mai sind zudem Kommunalwahlen. Wenn das so wäre, dass der Gemeinderat einen Teil der Bevölkerung nicht mehr repräsentiert, dann müsste man das am 27. Mai beim Ergebnis sehen.  
Analyse: [Freiburg ist fast flächendeckend für den neuen Stadtteil Dietenbach](#)

**BZ:** Könnte es nicht trotzdem sein, dass es da eine Unwucht gibt?

**Wehner:** Die Dietenbach-Frage ist ja auch nur eine Frage unter vielen kommunalpolitischen Entscheidungen. Der Gemeinderat ist für fünf Jahre gewählt und die Gemeinderäte unterliegen keinem imperativen Mandat und sind frei in ihren Entscheidungen. Es gibt bei uns keine Räterepublik. Es besteht keine Rückkoppelung an den Wähler in der Hinsicht, sondern erst wieder nach fünf Jahren. Gemeinderäte sind Abgeordnete auf Zeit – und man wird sehen, ob sie noch das Vertrauen der Bürgerschaft haben oder eben nicht mehr. Wir haben ein freies Mandat und Gemeinderäte können so zu einer anderen Auffassung kommen, als die Bürgerschaft. Dann kommen die Institutionen ins Spiel und auch die Möglichkeit eines Bürgerentscheids.

**BZ:** In anderen Städten wurden per Bürgervotum neue Baugebiete oder neue Stadtquartiere abgelehnt – Beispiele gibt es aus Emmendingen oder auch aus Erlangen. Was glauben Sie, warum haben es in Freiburg die Baubefürworter geschafft?

**Wehner:** Oberbürgermeister Horn hat es am Sonntagabend ganz gut erklärt, finde ich: Es gibt eben zwei unterschiedliche Wahrnehmungen von Nachhaltigkeit. Und es war ja auch keine einfache Entscheidung. Dass es in Freiburg nun geklappt hat, liegt an der Situation der Großstadt, wo man die Wohnungsprobleme an allen Ecken und Enden spürt. Sogar im Vauban, wo zumindest früher die Fundamentalökologen beheimatet waren, ist eine klare Mehrheit zu der Sichtweise gekommen, dass Freiburg einen neuen Stadtteil braucht. Die Bürgerinnen und Bürger sind durchaus in der Lage, sich ein Urteil aufgrund von Argumentationen zu bilden. Natürlich war die Angst da, dass der Bürgerentscheid anders ausgehen könnte. Gerade weil die Mehrheit im Gemeinderat sich so deutlich

positioniert hatte und die meisten Akteure sich für Dietenbach ausgesprochen hatten. Aber nun hat das Volk eben doch keine andere Sprache gesprochen.

"Klare Formulierungen ohne doppelte Verneinung wären wünschenswert."

**BZ:** War der Bürgerentscheid ein Gewinn für die Demokratie? Es hat ja eine Politisierung des Themas gegeben – es gab viele Informationen, aber – wie alle mitbekommen haben – auch viel Desinformation.

**Wehner:** Emotionalisierung und Fake News, das gehört zu jedem Wahlkampf dazu – egal, ob es um einen Bürgerentscheid geht oder um eine Parlamentswahl. Aber das ist der Preis in einer Demokratie, den man zahlen muss und zahlen kann. Und dem muss man auch Rechnung tragen, da Bürgerentscheide eben als dritte Säule neben Bürgermeister und Gemeinderat vorgesehen sind.

**BZ:** Die Landes-CDU hat ja jüngst mit Blick auf Freiburg gefordert, dass man nicht weiter über solche Großbauprojekte per Volksentscheid abstimmen lassen sollte. Wie sehen Sie den Vorstoß?

**Wehner:** Ambivalent. Die einen sagen, der Vorstoß ist eine gute Idee, weil Bürgerentscheide die Projekte verteuern, verlangsamen und nicht einfacher machen. Die anderen verweisen darauf, dass es bei 1101 Gemeinden in Baden-Württemberg nur 25 Bürgerentscheide im Jahr gibt, die aber ein wichtiges Instrument seien, um die Akzeptanz zu erhöhen. Deshalb müsse man die jetzige Regelung beibehalten. Ich persönlich bin konservativer Anhänger von repräsentativer Demokratie. Ich würde eher sagen, seid mal vorsichtig mit der Ausweitung der ganzen Bürgerinnen- und Bürgerrechte. Denn der Bürger ist per se ja nicht gebildeter als Leute, die das professionell in der Verwaltung aufarbeiten oder Leute, die fünf Jahre ihre Freizeit opfern, um sich sachkompetent in die Vorlagen einzuarbeiten.

**BZ:** Was verwirrt hat, war die Fragestellung beim Bürgerentscheid. Wer Dietenbach wollte, musste Nein sagen. Muss der Gesetzgeber nicht dringend dafür sorgen, dass die Fragen so formuliert werden, dass es dem gesunden Menschenverstand entspricht?

**Wehner:** Im Freiburger Fall war es der explizite Wille der Initiatoren des Bürgerentscheids, dass die Frage so formuliert wird. Sinnvoll ist das nicht. Klare Formulierungen ohne doppelte Verneinungen und solche Sperenzchen wären wünschenswert. Es braucht dafür aber im Landtag eine Mehrheit, damit die Gemeindeordnung in diesem Punkt geändert werden kann. Aber die Frage ist dann, ob es dann nicht wieder verschwörungstheoretisch heißt, ihr missbraucht eure Macht, hier wird etwas produziert.

**Michael Wehner** (55) ist Leiter der Außenstelle Freiburg der Landeszentrale für politische Bildung und Lehrbeauftragter am Seminar für wissenschaftliche Politik der Universität Freiburg. Er studierte in Freiburg Politikwissenschaft und Geschichte.